



Ausschuss-Beratungen am 22. Jänner 2025 in Einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 22. Jänner 2025, ab 9:00 Uhr
gibt es wieder Ausschuss-Beratungen.
Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können [live](#) angeschaut werden.
Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

TOP 1 (9:00 Uhr):

Nebentätigkeiten in der Landwirtschaft

Der Antrag von ÖVP und FPÖ wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Viele Landwirtinnen und Landwirte in Salzburg
vermieten Zimmer oder Ferienwohnungen.
Sie können mit der Vermietung zusätzlich Geld verdienen.
Das unterstützt die Landwirtinnen und Landwirte.
Ihr Einkommen wird sicherer.

Außerdem:
Mit den Zimmern und Ferienwohnungen
sind die ländlichen Gebiete attraktiver für Touristen.

Das Gesetz erlaubt Landwirtinnen und Landwirten,
dass sie bis zu 3.700 Euro im Jahr steuerfrei verdienen können.
Das gilt, wenn sie ihre eigenen Produkte verkaufen
oder Zimmer vermieten.
Diese Grenze ist schon sehr lange gleichgeblieben.

ÖVP und FPÖ schlagen vor:
Die Salzburger Landesregierung soll die Bundesregierung bitten,
dass die Grenze auf 6.000 Euro erhöht wird.



TOP 2 (9:30 Uhr): Renaturierungs-Verordnung

Der Antrag von FPÖ und ÖVP wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz](#) diskutiert.

Renaturierung bedeutet:

Die Natur soll wieder natürlicher werden.

Zum Beispiel:

Flüsse können wieder frei fließen.

Die Renaturierungs-Verordnung ist neues EU-Gesetz.

Die Verordnung regelt:

Alle EU-Länder müssen sich besser um Renaturierung kümmern.

Für Salzburg und die anderen Bundesländer bedeutet die Verordnung:

Die Ziele von der EU-Verordnung müssen umgesetzt werden.

Ziele sind zum Beispiel:

- Naturgebiete erhalten,
- Tiere und Pflanzen schützen,
- sauberes Wasser,
- umweltfreundliche Landwirtschaft,
- Klimaschutz.

In Salzburg gibt es schon viele Projekte,
für die Wiederherstellung der Natur.

Die Projekte helfen beim Hochwasserschutz
und bei der Förderung der Arten-Vielfalt.

Mehr als ein Drittel der Fläche in Salzburg ist Schutzgebiet.

Bei den Projekten haben Grund-Eigentümer und
Interessens-Gruppen gemeinsam mitgearbeitet.

FPÖ und ÖVP schlagen vor:

Die Salzburger Landesregierung soll sich bei der Bundesregierung
dafür einsetzen:

Die Interessen von den Bundesländern sollen bei den Plänen
berücksichtigt werden.

Die EU-Renaturierungs-Verordnung bedeutet
zusätzliche Kosten und Arbeit.



Der Bund soll die zusätzlichen Kosten
für die Planung und die Verwirklichung der Maßnahmen bezahlen

TOP 3 (10:30 Uhr): Hallenbad im Flachgau

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch
im [Finanz-Ausschuss](#) diskutiert.

In den Medien wird schon sehr lange
über ein Hallenbad im Flachgau berichtet.
Ein Hallenbad ist teuer.
Die Gemeinden brauchen Geld für den Bau.

Ein Hallenbad ist wichtig.
Zum Beispiel für Schwimm-Kurse.
Fachleute sagen:
Es gibt zu wenige Hallenbäder zum Schwimmen-Lernen.
Es ist wichtig,
dass alle Kinder schwimmen lernen.
Niemand soll ertrinken!

Die Gemeinden im Salzburger Seenland und in Eugendorf
wollen ein Hallenbad im Flachgau bauen.
Dafür brauchen sie finanzielle Unterstützung.

Die SPÖ fordert:
Die die Landesregierung soll
mit dem Regionalverband Salzburger Seenland verhandeln.
Sie soll eine Vereinbarung über finanzielle Unterstützung
für das Hallenbad finden.
Die Unterstützung soll für die ersten drei Jahre gelten.

TOP 4 (11:00 Uhr): Bauland-Eigenbedarf

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr](#) diskutiert.



Bauland-Eigenbedarf bedeutet
zum Beispiel:

Die Eigentümer möchten auf einem Grundstück
ein Haus bauen und dort wohnen.
Ein Grundstück wird für die Eigentümer genutzt.
Das Grundstück kann auch für die Familie genutzt werden.

Manchmal wird auf dem Grundstück NICHT gebaut.
Dann müssen die Eigentümer von Grundstücken einen Beitrag zahlen.
Der Beitrag heißt Infrastruktur-Bereitstellungsbeitrag.
Das gilt,
wenn das Bauland länger als 5 Jahre unbebaut bleibt.

Es gibt aber eine Ausnahme.
Die Ausnahme gilt für den Eigenbedarf.
Zum Beispiel:
Flächen für das Wohnen von den Eigentümern oder von ihren Kindern.
Dann gilt die Ausnahme für 15 Jahre.

Die KPÖ PLUS fordert:
Die Frist von 15 Jahren ist zu lang.
Die Frist für die Ausnahme soll kürzer werden.
Sie soll von 15 Jahren auf 3 Jahre verkürzt werden.
Bauland soll NICHT ungenutzt bleiben.

Außerdem:
Es soll eine neue Regelung eingeführt werden.
Mit der Regelung soll es möglich sein,
dass ein Beitrag nachträglich eingefordert wird.
Die Regelung soll gelten,
wenn das Grundstück innerhalb von 3 Jahren NICHT bebaut wird
oder NICHT für den Eigenbedarf genutzt wird.

TOP 5 (11:30 Uhr): Stellplatz-Schlüssel

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert.



Stellplatz-Schlüssel bedeutet:

Wie viele Parkplätze müssen bei einem neuen Gebäuden gebaut werden?

Das Bautechnik sagt:

Bei neuen Gebäuden müssen genug Parkplätze gebaut werden.

Bei Wohnanlagen ist der Schlüssel 1,2 Parkplätze pro Wohnung.

Die Gemeinden können diese Zahl ändern.

Viele Gemeinden haben den Schlüssel erhöht.

In 40 Gemeinden gilt:

Es sind mindestens 2 Parkplätze pro Wohnung vorgeschrieben.

In der Gemeinde Puch sind noch mehr Parkplätze vorgeschrieben.

Parkplätze brauchen viel Platz und kosten Geld.

Der Salzburger Landtag hat 2024 beschlossen:

Die Landesregierung soll prüfen:

- Kann man statt einer Mindestanzahl an Parkplätzen eine Höchstanzahl vorschreiben?
- Können Wohnungen ohne Parkplätze erlaubt werden?

Im Bericht steht:

Im neuen Baurecht soll eine Höchstgrenze für Parkplätze gelten.

Die GRÜNEN fordern:

Bei bestimmten Gebäuden

sollen weniger Parkplätze vorgeschrieben werden.

Zum Beispiel bei Büros oder Geschäften.

Diese Änderungen sollen in das neue Baurecht aufgenommen werden.

Außerdem:

Es sollen neue Regeln eingeführt werden.

Die Regeln sollen vorschreiben:

Parkplätze sollen in Hoch- oder Tiefgaragen gebaut werden.

Oder sie sollen mit Solaranlagen überdacht werden.



TOP 6 (14:00 Uhr):

Kollegialorgane-Sitzungsentschädigungs-Gesetz

Der Antrag der ÖVP wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Das Sitzungsentschädigungs-Gesetz regelt,
wie Mitglieder von bestimmten Behörden und Einrichtungen vom Land
für ihre Teilnahme an Sitzungen bezahlt werden.

Der Salzburger Landtag hat 2023 beschlossen:
Die Landesregierung soll ein Problem lösen.
Es geht um die [Laien-Richter](#) beim Landesverwaltungs-Gericht.

Das Problem entsteht durch zwei Gesetze:
das Salzburger Landesverwaltungsgerichtsgesetz
und das Kollegialorgane-Sitzungsentschädigungs-Gesetz.

Deshalb werden das Sitzungsentschädigungs-Gesetz
und andere Gesetze geändert.
Es gibt eine neue Regelung für [Laien-Richter](#).

TOP 7 (14:15 Uhr):

Beteiligungs-Bericht 2024

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit](#) diskutiert.

Ein Beteiligungs-Bericht ist ein Überblick
über die Beteiligungen des Landes Salzburgs.

Beteiligung bedeutet:
Dem Land Salzburg gehören Teile von einem Unternehmen.
Das ist zum Beispiel:

- die Salzburg AG,
- die Salzburger Landes-Kliniken,
- die Fach-Hochschule,
- der Nationalpark Hohe Tauern,
- das Messe-Zentrum,
- das Salzburg Museum.



Der Beteiligungs-Bericht informiert:

Wie ist das Land Salzburg an Firmen und Projekten beteiligt?

Wie ist die wirtschaftliche Entwicklung von den Projekten?

Beteiligungen gehören zum Vermögen vom Land Salzburg.

TOP 8 (14:45 Uhr):

Sonder-Prüfung Antheringer Au

Der Bericht des Landes-Rechnungshofs wird am Mittwoch im [Finanz-Überwachungsausschuss](#) diskutiert.

Die Antheringer Au ist ein Schutz-Gebiet an der Salzach.

Der FPÖ-Landtagsklub hat dem Landes-Rechnungshof im November 2022 den Auftrag für eine Sonder-Prüfung gegeben.
Der Landes-Rechnungshof hat den Kauf der Antheringer Au geprüft.

Das Land Salzburg hat im Oktober 2022 das Gebiet gekauft.

Das Land Salzburg hat 37 Millionen EURO dafür bezahlt.

Es gibt verschiedene Gutachten zum Preis.

Bei den Gutachten errechnen Fachleute den Preis.

Der Landes-Rechnungshof hat geprüft:

War der Kauf sparsam?

War der Kauf wirtschaftlich?

War der Kauf zweckmäßig?

Der Landes-Rechnungshof sagt:

Der Preis war zu hoch.

Das Land hat zu viel bezahlt.

Das ist NICHT sparsam.

Der Kauf war NICHT wirtschaftlich.

Der Kauf war NICHT sparsam.

Der Kauf war NICHT notwendig für ein Schutz-Gebiet.

Das Amt der Salzburger Landesregierung sagt:

Der Kauf war wirtschaftlich und sparsam

Es hat viele Verhandlungen um den Preis gegeben.

Die Entscheidung war richtig.



In der Au entsteht der Naturpark Salzachauen.
Das Gebiet ist wichtig für die Natur und für die Menschen.
Der Naturpark ist wichtig für die Bevölkerung.

TOP 9 (15:45 Uhr): Gemeinde-Ausgleichs-Fonds (GAF)

Der Bericht des Landes-Rechnungshofs wird am Mittwoch im [Finanz-Überwachungsausschuss](#) diskutiert.

Der [Landes-Rechnungshof](#) hat überprüft:
Wie wird das Geld für Gemeinden in Salzburg verteilt?
Das Geld kommt aus dem GAF.
GAF ist die Abkürzung für Gemeinde-Ausgleichs-Fonds.
Ein Fonds ist ein Geldtopf.

Das meiste Geld bekommen die Gemeinden.
Zum Beispiel für den Bau oder für die Renovierung von Schulen und Kindergärten.

Die GAF-Richtlinien regeln, wie das Geld verteilt wird.
Die Richtlinien legen fest:
Andere Organisationen können auch Geld vom GAF bekommen.
Zum Beispiel:
der Verkehrsverbund oder das Musikum.

Der Landes-Rechnungshof kritisiert:
Das Geld aus dem GAF sollen nur die Gemeinden bekommen.
Ein Teil vom Geld bekommen aber auch andere Organisationen.
Das ist nach dem Finanzausgleichs-Gesetz NICHT erlaubt.
In Zukunft soll das nicht mehr passieren.

TOP 10 (16:30 Uhr): Petition: Spar-Pakete nicht zu Lasten der Ärmsten

Die Petition wird am Mittwoch im [Petitionsausschuss](#) diskutiert.



Ein Spar-Paket ist ein Plan,
den die Regierung macht.
Das Ziel von dem Plan ist:
Die Regierung will weniger Geld ausgeben.
Sie will weniger Schulden machen.

In der Petition von der Volkshilfe steht:
Das Land Salzburg darf NICHT bei
bestimmten Sozial-Leistungen sparen.
Die Volkshilfe ist eine Sozial-Organisation.

Es geht um Sozial-Leistungen für Menschen,
die von Armut betroffen sind.
Es gibt 60.000 Menschen in Salzburg,
die von Armut betroffen sind.
Mit einem Spar-Paket gibt es
vielleicht noch mehr arme Menschen.

.



Wörterbuch:

Landes-Rechnungshof:

Der Landes-Rechnungshof überprüft Einrichtungen im Land Salzburg.
Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter prüfen,
ob in den Einrichtungen gut gearbeitet wird.

Zum Beispiel:

Sind die Einnahmen und Ausgaben richtig aufgeschrieben worden?
Nach der Prüfung gibt es einen Bericht.

Laien-Richter:

Beim Landesverwaltungs-Gericht arbeiten Laien-Richter mit.
Laien-Richter sind Bürgerinnen und Bürger.
Sie sind KEINE Richter von Beruf.
Laien-Richter haben einen anderen Beruf.
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Landesdienst
können auch als Laien-Richter mithelfen.

Reise-Gebühren:

Reise-Gebühren sind zum Beispiel Fahrtkosten.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt.
Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.



Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.
Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.
Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.
Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen.
Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten.
Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen.
Zum Beispiel:
zum Thema Soziales
oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum.
Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen



KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.
Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.

Zum Beispiel:

Planungen für den Öffentlichen Verkehr
oder für neue Straßen
oder für das Internet.



Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen,
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.
Es geht um Fragen,
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.



Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen,
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.
Es soll alles transparent sein.
Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es
um das Ersuchen von Behörden.
Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion.
Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung
von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.



Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von [capito Graz](#) als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Weitere Informationen über den [Salzburger Landtag in Leichter Sprache](#)

Für Leichte Sprache gelten genaue Regeln. [Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim](#)

Bei Einfacher Sprache steht die Verständlichkeit im Vordergrund. Mit Texten in Einfacher Sprache können sich viele Menschen informieren. Die Sätze sind kurz. Fremdwörter werden vermieden. Fachbegriffe werden erklärt.